



Wo das kollektive Gedächtnis erwacht ist

Evo Morales ist seit Anfang 2006 Staatschef in Bolivien. Er ist der erste indianische, „indigene“ Präsident, der in Südamerika gewählt wurde. Seitdem ist in Bolivien nicht alles, aber vieles anders als vorher. Auch die Rolle der Kirche hat sich verändert.

Von Bruno Sonnen

Es wird oft übersehen, dass es neben den beiden epochenmachenden Ereignissen des ausgehenden 18. Jahrhunderts, nämlich der Unabhängigkeitserklärung Nordamerikas 1776 und der französischen Revolution von 1789, auch in Südamerika eine Aufstandsbeziehung vergleichbaren Ausmaßes gab. Aber gescheiterte Revolutionen hinterlassen – jedenfalls bei den Siegern – nicht so tiefe Spuren im Bewusstsein wie erfolgreiche. Bei den Besiegten ist das anders. Bei den Unterdrückten Lateinamerikas wird das Andenken an die Rebellionen von Tupac Amaru, Tomas Katari und Tupac Katari im 18. Jahrhundert gegen die spanische Krone dagegen bis heute gepflegt. Guerillatruppen, Universitäten und Kooperativen in ganz Südamerika tragen bis heute die Namen der Rebellen, die die Aufstände der Ureinwohner gegen die Unterdrückung und Ausbeutung durch die Kolonialherren anführten.

Und: „Heute, auf den Hochebenen der Anden in Ecuador, Peru oder Bolivien, sind Millionen Menschen davon überzeugt, dass Evo Morales Ayma der wiedergeborene Tupac Katari ist.“ Das schreibt der Schweizer Soziologe Jean Ziegler in seinem Buch „Der Hass auf den Westen“. Darin arbeitet er heraus, wie sich die vergangenen 500 Jahre Kolonialismus, Ausbeutung und Erniedrigung durch den Westen auf das „kollektive Gedächtnis“ der Länder des Südens ausgewirkt haben und heute ihr Handeln maßgeblich bestimmen (siehe „Literatur“).

Der Westen versteht den Süden nicht

Der Westen verstehe diesen Hass nicht, er sei blind und taub gegenüber dem „brennenden Wunsch“ der Völker des Südens nach Emanzipation und Gerechtigkeit. Das Gedächtnis der südlichen Völker sei „ein verwundetes Gedächtnis. Und der Westen weiß nicht, wie tief diese Wunden sind“. In den Augen der meisten Frauen und Männer, die in der südlichen Hemisphäre leben, sei „die gegenwärtige, von den Oligarchien des westlichen Finanzkapitals aufgezwungene Weltwirtschaftsordnung das Produkt der einstigen Unterdrückungssysteme, insbesondere des Sklavenhandels und der kolonialen Ausbeutung“. „Diese Weltordnung bringt einer großen Zahl von Männern, Frauen und Kindern des Südens unsägliches Leid und neue Demütigungen. Auch sie nährt den Hass auf den Westen.“

Erst vor diesem Hintergrund werde deutlich, welche fundamentale Bedeutung die Wahl von Evo Morales zum Präsidenten von Bolivien für Bolivien selbst, darüber hinaus aber für ganz Südamerika hat, betont Ziegler, der von 2000 bis 2008 Sonderberichterstatter der Vereinten Nationen für das Recht auf Nahrung war. „Ein westlicher Beobachter vermag nicht wirklich zu begreifen, was das für die Andenvölker bedeutet. 500 Jahre der Demütigungen und Leiden scheinen an diesem Morgen von Tiwanaku (auch: Tiahuanacu) zu enden“, erklärt Ziegler mit Blick auf die feierliche Amtseinführung von Morales am 21. Januar 2006 an der rätselhaften Kultstätte in den Nähe des Titicacasees. Die Regierung Morales und ihre neue Politik sei ein Bruch mit der Vergangenheit, ein fundamentaler Neuanfang und ein Zeichen der Hoffnung für die Völker des Südens, ein Erwachen des kollektiven Gedächtnisses, lautet die These Zieglers, die er jüngst auch auf mehreren Veranstaltungen des Ökumenischen Kirchentages in München vertreten hat.

Wasserkrieg, Gaskrieg, Kokabauern

Das sieht der Politologe und Publizist Helge Buttke mit ähnlichen Augen. Der Autor des Buches „Utopische Realpolitik. Die Neue Linke in Lateinamerika“ war Mitte Juni Referent bei der Versammlung des Ökumenischen Netzes Rhein-Mosel-Saar in Koblenz. In seinem Buch zeichnet er ebenso wie er es in seinem Vortrag in Koblenz tat, nach, wie es Evo Morales und seiner Partei des „Movimiento al Socialismo“ (MAS, Bewegung zum Sozialismus) gelingen konnte, an die Macht in Bolivien zu kommen.

Buttke nennt in der jüngeren Geschichte Boliviens vor allem drei Momente. Da sei zum einen der gewonnene „Wasserkrieg“ von Cochabamba, also der erfolgreiche Widerstand gegen die Privatisierung der Wasserversorgung und der darauf folgende Abgang von Präsident Hugo Banzer; da sei der „Gaskrieg“ von El Alto Ende 2003, also der Streit um die Privatisierung und den Export von Erdgas sowie die Flucht des Präsidenten Gonzalo Sanchez de Losada in die USA. Und schließlich: die Bewegung der Kokabauern („cocaleros“) um Evo Morales, dem es gelungen sei, die verschiedenen Bauern- und Gewerkschaftsbewegungen Boliviens zum MAS, zu einer Partei der sozialen Bewegungen, zusammenzuschließen.

Die Regierung Morales hat sowohl für Ziegler als auch für Butt-



Demonstration im Jahr 2005 in La Paz: „Werft ausländische Firmen raus“

Fotos: Bruno Sonnen (2), KNA (2).

keit eine Reihe von Erfolgen vorzuweisen. Da ist die „Wiederherstellung der energiewirtschaftlichen Souveränität“ mit der aktiven Hilfe und politischen Unterstützung von Norwegen, Algerien, Venezuela und Brasilien, heißt: Nur noch 18 Prozent der Einnahmen in der Erdöl- und Erdgasindustrie gehen an die ausländischen Unternehmen, 82 Prozent gehen an den bolivianischen Staat. Und da sind die verschiedenen Sozialprogramme; da gibt es das Alphabetisierungsprogramm oder das Augenoperationsprogramm; da ist die neue Verfassung, in der unter anderem auch die Beschränkung der Größe des Landbesitzes festgelegt ist.

Doch Ziegler wie Buttke markieren auch die in ihren Augen derzeit zentrale Herausforderung der Regierung Morales: Sie führe einen Zwei-Fronten-Krieg. Die eine Seite verkörpere dabei die Bewegung Pachakutik („Rückkehr“) des Aymara Felipe Quispe. Quispe, getragen von einem fanatischen Indigenismus, gehe die Politik von Morales nicht weit genug. Er kritisiere, dass die Regierung zu wenig indigen sei; Morales lasse sich von seinem Vizepräsidenten, dem weißen Intellektu-

ellen Alvaro Garcia Linera, steuern. Die Botschaft von Quispe: Die „Weißen“ sind Eindringlinge und müssen aus Bolivien verjagt werden.

Auf der anderen Seite seien es die übergroßen Erwartungen der Masse der Armen, die sich von Evo Morales eine schnelle und grundlegende Verbesserung ihrer Lebenssituation erhofften. Wenn Morales das nicht gelinge, werde der rassistische Fanatismus eines Felipe Quispe zur Zuflucht aller von Morales Enttäuschten – mit uneinschätzbaren Folgen.

Die Kirche in der neuen Verfassung

Und die Kirche? „Es gibt sehr unterschiedliche Meinungen und Haltungen in der Kirche zu der Frage, wie sie sich Staat und Gesellschaft gegenüber verhalten soll“, sagt der Theologe Dr. Stefan Silber, der von 1997 bis 2002 das Katechistenzentrum der Diözese Potosí in Bolivien geleitet hat und jetzt bei der Veranstaltung des Ökumenischen Netzes in Koblenz die Rolle der Kirche beleuchtete. Das ist nicht verwunderlich, denn die Kirche hat nicht mehr die Monopolstellung früherer Tage und

ist nicht mehr der große Vermittler in den gesellschaftlichen Konflikten, sondern muss eine neue Rolle finden. In der alten bolivianischen Verfassung war die „katholische, apostolische und römische Religion“ als „die“ Religion Boliviens festgeschrieben, erklärt Silber. Die neue Verfassung dagegen respektiere und anerkenne zwar „die Freiheit der Religion und der Glaubensüberzeugungen“, aber im Artikel 4 stehe auch: „Der Staat ist unabhängig von der Religion.“

Silber skizziert in Koblenz vier unterschiedliche Grundhaltungen der katholischen Kirche Boliviens in den letzten 60 Jahren, die es alle in unterschiedlicher Ausprägung auch heute noch gebe. Da sei zum einen der „traditionelle Katholizismus“ mit der Betonung von Sakramentspendung und Volksreligiosität sowie einem engen Bündnis mit Regierung und Oberschicht. Nach der Revolution von 1952 hab diese Haltung zu einer Krise in der bolivianischen Kirche geführt: Die Zahl der Priester reduzierte sich zwischen 1928 und 1964 um die Hälfte, während sich die bolivianische Bevölkerung verdoppelte. In diese Zeit fiel bekanntlich auch der „Hilferuf“

von Erzbischof Joseph Clemens Maurer von Sucre, aus dem die Bolivienpartnerschaft der Bistums Trier wurde.

In der Zeit der Militärdiktaturen Boliviens zwischen 1964 und 1982 wurde die bolivianische Kirche, vor allem auch durch den Erzbischof von La Paz, Jorge Manrique Hurtado, zum Anwalt der Menschenrechte. In diese Zeit fiel die Ermordung des Jesuiten Luis Espinal im März 1980. Espinal wurde zu einer bis heute bedeutsamen Symbolfigur für den Widerstand gegen staatliche Gewalt.

In der Zeit des Neoliberalismus zwischen 1985 und 2005 wuchs die Kirche in die Rolle der Vermittlerin, die auf sozialen Frieden und Ausgleich bedacht war. Herausragend dabei ist nach Ansicht Silbers vor allem die Rolle der Kirche bei der Kontrolle des Schuldenerlasses zu Beginn des Jahrtausends, bei der die Kirche „mit hohem institutionellem und personellem Aufwand an einem Prozess mitarbeitete, aus dem sie selbst keinen unmittelbaren Nutzen zog, sondern vor allem der sozialen Gerechtigkeit und der Demokratie in Bolivien diene“. Schließlich habe sich in den letzten 20 Jahren eine Reihe kirchlicher Einrichtungen in Bolivien am Dialog mit den indigenen Kulturen beteiligt, benennt Silber eine vierte Grundhaltung der Kirche Boliviens.

Plädoyer für einen offenen Dialog

All diese Haltungen und Modelle gebe es heute in der Kirche Boliviens in verschiedenen „Mischungsverhältnissen“, was die Lage ziemlich unübersichtlich mache. Dennoch: „Mit Blick auf die gegenwärtige Realität Boliviens“, sagt Silber, „habe ich persönlich überhaupt kein Verständnis für die schroffe Zurückhaltung der Bischofskonferenz gegenüber der Regierung Morales“, auch wenn die Zurückhaltung historisch vielleicht verständlich sei. „Vielleicht“, so regt der Theologe an, „wäre ein offener Diskurs über die Irrtümer und Fehler im Verhältnis zwischen Kirche, Staat und Gesellschaft, die in den letzten sechs Jahrzehnten zutage getreten sind, eine Hilfe, um zu einer Lösung der angespannten gegenwärtigen Situation zu gelangen.“

Literatur

- Jean Ziegler, Der Hass auf den Westen. Wie sich die armen Völker gegen den wirtschaftlichen Weltkrieg wehren, Bertelsmann Verlag, München 2009, 19,95 Euro.
- Helge Buttke, Utopische Realpolitik. Die Neue Linke in Lateinamerika, Pahl-Rugenstein Verlag, Bonn 2010, 16,90 Euro.
- Thomas Pampuch, Augustin Echalar, Bolivien, Verlag C. H. Beck, 4. Auflage, München 2009, 12,95 Euro.



Er sieht ein kollektives Erwachen in Bolivien: Jean Ziegler.



Er beobachtet die politische Situation in Bolivien: Helge Buttke.



Er hat in der bolivianischen Kirche mitgearbeitet: Stefan Silber.

Kommentar

Spannende Zeiten

Die Zeit der Militärdiktaturen, die Zeit der demokratisch legitimierten Regierungen, der Neoliberalismus mit seinen ökonomischen und sozialen Verwerfungen, die „Neugründung“ Boliviens und der neue Weg der Regierung Morales: Ist Bolivien, das Land der Trierer Partnerkirche, in den letzten Jahrzehnten eigentlich jemals zur Ruhe gekommen? Es gab brutale und grausame Zeiten, es gab Phasen der relativen Entspannung, und gegenwärtig befinden wir uns wie-

der in einer höchst spannenden Phase der Geschichte Boliviens.

Auch die Beziehungen der Trierischen Kirche zu Bolivien und seiner Ortskirche haben sich im Lauf der Jahrzehnte gewandelt. Da wurde aus einer eher einseitigen Patenschaft eine wechselseitige Partnerschaft auf Augenhöhe. Da wurde das gemeinsame Handeln auch zu einem politischen Handeln, siehe Schuldenerlasskampagne.

Gegenwärtig wird gekämpft, und 50 Jahre Partnerschaft sind

Grund genug, sich der gewachsenen Beziehungen zu vergewissern. Nicht nur, aber auch aufgrund der veränderten Realität in Bolivien sollte das Jubiläum aber auch Anlass und Gelegenheit sein, sich die Frage nach der Zukunft der Partnerschaft zu stellen, und das betrifft auch die Rolle der Kirche in Bolivien. Die verschiedenen Reisen der Trierer im Juli nach Bolivien mit Bischof Dr. Stephan Ackermann an der Spitze sind eine gute Gelegenheit dazu.

Bruno Sonnen